

27.09.2024 Deutschland gehen die Sklaven aus!

(Präambel: Die Textbeispiele sind nicht alle wortgetreu wiedergegeben. Einige wenige sind satirisch überhöht, aber nur ganz sachte.)

Moment! Sklavenhaltung ist in Deutschland verboten. Leider ja, aber was nicht verboten ist, Leute für einen Mindestlohn von 12,41 €/h zu beschäftigen. Obwohl die fast 2000 Euro brutto im Monat einstecken, erdreisten sie sich, immer noch mehr zu fordern: Bessere Arbeitsbedingungen, mehr Lohn, mehr Freizeit etc. Wie lange können wir es uns leisten, sie durchzufüttern? Herrscht doch jetzt schon eklatanter Sklaven-, pardon Fachkräftemangel.

Fachkräftemangel als Euphemismus für Sklavenmangel? Politik, Wirtschaftswissenschaftler und Arbeitgeber sind sich einig: Der Fachkräftemangel ist an fast allem schuld - am negativen Wachstum der Wirtschaft, an den Verlusten der Konzerne, am Erstarken der rechtspopulären Parteien. Da muss man was dagegen unternehmen? Fragt sich nur was? In einem Punkt sind sich alle einig – man muss andere Saiten aufziehen, die Daumenschrauben anziehen, Schluss mit lustig. Vielleicht können uns Vertreter aus dem genannten Personenkreis aufklären, wie sie sich das vorstellen.

Fragen wir zunächst die FDP:

- Wenn Menschen nicht mehr für den Mindestlohn schufteten wollen und sich lieber in die soziale Hängematte genannt Bürgergeld legen, muss man diesem schändlichen Treiben einen Riegel vorschieben. Die üppigen Zuwendungen von 563 Euro pro Monat kann man problemlos um 20 Euro kürzen.
- Den Arbeitsunwilligen sollte das Bürgergeld gestrichen werden. Sie glauben wohl, sie könnten sich auf Kosten der Steuerzahler vor harter Arbeit drücken. Mindestens 100.000 könnte man auf diese Weise wieder in den Sklaven-, pardon Arbeitsmarkt eingliedern.
- Dann gibt es welche, bevorzugt aus dem unteren Lohn- und Gehaltsspektrum, die fordern höhere Löhne, weniger Schichtarbeit usw. Leute, wie dieser Weselsky ruft die Lokführer zum Streik auf, und legt die ohnehin schon kaputte Bahn tagelang lahm. Dem werden wir zeigen, wie man die Bevölkerung gegen ihn aufhetzt. Womöglich finden sich noch Nachahmer bei solchen unverschämten Forderungen. Außerdem, wer soll das bezahlen? Vielleicht die Führungskräfte mit ihren Millioneneinkommen? Die ganz gewiss nicht. Da kann schön brav der Staat einspringen, wie er es immer macht, wenn große Unternehmen und Banken in Schieflage geraten. Streiks von kleinen Splittergewerkschaften wie der GDL muss man verbieten.
- Nächste Baustelle: Asylbewerber. Wir in Deutschland sind so blöd und drücken denen Bargeld in die Hand, wovon sie die Mittel für ihren täglichen Bedarf decken sollen. Tun sie aber nicht. Das Meiste schicken sie in ihre Heimatländer um ihre Familien zu unterstützen. Der wirtschaftliche Schaden für Deutschland ist unübersehbar. Da gibt es nur eins: Lebensmittelmarken statt Bargeld.

Der Chef von SAP, Einkommen 2024 7,3 Mio. Euro, meint, Schluss mit dem Kuschelkurs:

- Schwarze Schafe im Unternehmen müssen erkannt und ausgemustert werden. Das geschieht durch konkrete Zielvorgaben und die regelmäßige Beurteilung der Zielerreichung durch die Vorgesetzten.
- In Leistungsgesprächen soll geklärt werden, ob und durch welche Maßnahmen die Zielvorgaben zu erreichen sind, oder ob man nicht besser die Zusammenarbeit aufkündigt.
- Vertrauen ist zwar recht und schön, aber Kontrolle ist besser. Willkommen in der Misstrauensgesellschaft.

Sein Vorstandskollege von Munich Re, Jahresgehalt 5,5 Millionen, fordert:

- Die Höchstarbeitszeit von 10 Stunden pro Tag gehört abgeschafft.
- Von den viel zu vielen Feiertagen kann man problemlos die meisten streichen.
- Das Renteneintrittsalter gehört angehoben. Schließlich leben die Menschen ja auch deutlich länger heutzutage.
- Was noch gekürzt werden muss, sind die vielen Urlaubstage.

Markus Söder, Chef der traditionell Wirtschafts-affinen CSU, kann da natürlich nicht zurückstehen:

- Er fordert die 6-Tage-Woche bei vollem Lohnabzug.

Jeff Bezos, der reichste Mann der Welt, ärgert sich. Er behauptet, viele seiner Leute machen sich im Home-Office einen schönen Tag. Er und viele andere Top-Manager fordern deshalb:

- Schluss mit dem ineffizienten Home-Office. Leute zurück an den Ruderplatz in der Galeere, dem Arbeitsplatz im Büro. Nur dort kann man kontrollieren, ob sie ihren Job zu 100 Prozent mit dem nötigen Engagement ausfüllen.

Jetzt fehlt nur noch, die Spreu vom Weizen auch auf der Straße zu trennen. Zum Glück hat der deutsche Vorzeigekonzern BMW dazu einige kreative Ideen:

- Zunächst gilt es, die Verweigerer von Elektrofahrzeugen zum wahren Glauben zu bekehren.
- Extra Fahrspuren für Elektrofahrzeuge auf der Autobahn, am besten gepaart mit Überholverbot für Verbrennerfahrzeuge. Es darf einfach nicht sein, dass Klimaschützer in ihren teuren Elektromobilen von Umweltsündern in ihren billigen Schrottkisten überholt werden.
- Raus mit den Verbrennern aus der Innenstadt; Parkplätze nur noch für Elektrofahrzeuge. Wäre doch gelacht, könnte man die Straßen nicht für die hart arbeitenden Leistungsträger frei bekommen vom automobilen Prekariat.
- Freie Fahrt für reiche Bürger.

Daniel Gräber teilt in seinem lesenswerten Buch „**Bullshit Jobs – Vom wahren Sinn der Arbeit**“ die Arbeitswelt in zwei Kategorien ein.

Bullshit Jobs: Gut dotierte, aber sinnbefreite Arbeitsplätze, meistens Bürojobs, ohne Mehrwert für die Menschen.

Scheiss-Jobs: Schlecht bezahlte Arbeit, körperlich anstrengend, miserable Arbeitsbedingungen, aber für die Gesellschaft unabdingbar. Klar, dass niemand gerne diese Jobs ausüben will. Da muss man kräftig nachhelfen. Sonst fehlt es plötzlich an Pflegekräften, Kassiererinnen, Paketausfahrern, Bauhandwerkern, Müllkutschern, Kitapersonal, LKW-Fahrern usw.

Reiche aller Länder vereinigt euch!

Reich sein muss sich wieder lohnen. Der Multimilliardär Warren Buffett behauptete schon vor Jahren, der wirkliche Kampf auf der Welt spielt sich ab zwischen Arm und Reich. Und die Reichen werden den Kampf gewinnen.